

Gruppe Hannoversche Linke

(Anfrage Nr. 1173/2008)

Eingereicht am 05.05.2008 um 13:40 Uhr.

Ratsversammlung

Anfrage der Gruppe Hannoversche Linke zu Beschäftigungsverhältnissen bei der Landeshauptstadt Hannover

Bei mehr als 183.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst und angrenzenden Bereichen reicht der Verdienst zum Leben nicht. Fast 130.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen ihre niedrigen Löhne mit Hartz IV - Leistungen aufstocken, so beantwortete die Bundesregierung eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Nach deren Aussage waren im Juli vergangenen Jahres 129.907 Beschäftigte in Schulen sowie in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Entsorgung auf Hartz IV angewiesen, obwohl sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hatten. Darunter befanden sich fast 33.000 Lehrer und Erzieher. 53.621 Beschäftigte haben nach Aussage der Bundesregierung einen Mini- oder Teilzeitjob mit Arbeitslosengeld II aufgestockt.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Teilzeitbeschäftigte werden von der Stadt Hannover beschäftigt und gibt es im Bereich der Beschäftigten welche, die mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen?
2. Wenn ja, um wie viele Beschäftigte handelt es sich und in welchen Arbeitsverhältnissen sind diese tätig?
3. Sind Umwandlungen von Vollzeitstellen in Teilzeitstellen geplant? Wenn ja, wo und in welcher Anzahl sind diese vorgesehen?

Ludwig List, Ratsherr
-Gruppenvorsitzender-

Hannover / 07.05.2008